

## KOMMENTAR

### Wir machen's gerecht!

SUSANNE HENNIG-WELLSOW

Das kostenfreie Kita-Jahr entlastet seit dem 1. Januar 2018 Familien mit kleinen Kindern durchschnittlich um 1.400 Euro pro Jahr. Mehrere Hundert neue Lehrerinnen und Lehrer verbessern den Unterricht an den Schulen und vermindern Stundenausfall. Blinde und Gehörlose werden endlich besser unterstützt. Etwa 1.000 Langzeitarbeitslose wurden durch öffentliche Beschäftigung aus der Arbeitslosigkeit geholt. Wir haben den Stellenabbau bei der Polizei gestoppt, modernisieren Technik und Ausrüstung der Beamten und sorgen so für mehr Sicherheit. Wir setzen die Bekämpfung von Rassismus fort und unsere Städte und Dörfer bekommen vom Land mehr Geld als je zuvor, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Das sind nur einige Beispiele, was Rot-Rot-Grün unter Bodo Ramelow bisher erreicht hat. Mit dem Landeshaushalt 2018/19 werden wir noch einmal massiv in gute Arbeit und gute Bildung, bessere Schulen, Kitas und Hochschulen, öffentliche Infrastruktur und Kommunen investieren. Und wir werden weiter Schulden abbauen, die von der CDU hinterlassen wurden. Wir machen's gerecht – das ist unser Antrieb. DIE LINKE streitet dafür, dass Thüringen sozialer, ökologischer und demokratischer wird.

# Ein Meilenstein für Gerechtigkeit

## Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und sozialen Zusammenhalt

**Bis in die späten Abendstunden dauerte die Landtagssitzung. Am 25. Januar beschlossen DIE LINKE, SPD und Grüne den Thüringer Landeshaushalt für 2018 und 2019.**

Es wird massiv investiert: In die Menschen, in die Bildung, den sozialen Zusammenhalt, die Kultur und in öffentliche Infrastruktur.

Durch das gebührenfreie Kita-Jahr werden Familien um durchschnittlich 1.400 Euro pro Jahr entlastet. Zugleich wird die Qualität der Betreuung in Kitas verbessert. Beschlossen wurden auch Investitionen von 1,7 Milliarden Euro in Schulen und Sportanlagen, Theater und Orchester, Schienen und Straßen. Durch die zusätzliche Einstellung von mehreren hundert Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Ausbildungszahlen für Polizistinnen und Polizisten sorgen wir für spürbare Verbesserungen in der Bildung und der Sicherheit.

Rot-Rot-Grün hat zudem das Blindengeld erhöht und wird ein Gehörlosengeld einführen – 1.900 Menschen bekommen so einen Nachteilsausgleich. Auch die Kommunen stehen besser da.

Ein großes Investitionspaket mit 200 Millionen Euro für Städte und Gemeinden wird vor Ort richtig helfen! Die Landesregierung führt auch die Programme für mehr Arbeit fort. So werden unter anderem Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen gefördert. Mehr Geld für Theater und Orchester sichert außerdem Kulturangebote.

Erstmals dreht sich in Thüringen die Schulden-Uhr rückwärts: Wir bauen mit Augenmaß die Schulden ab, die den Menschen von den CDU-Regierungen hinterlassen wurden.

Der Haushalt 2018/19 ist ein Meilenstein für Gerechtigkeit, Bildung, Kultur und öffentliche Infrastruktur.

*Wir machen's gerecht! ■*



FOTO: © NICHIZHIENOVA ELENA

## Transparenz statt Lobbyismus

### #r2g geht gegen Lobbyismus und Korruption vor und sorgt für mehr Transparenz

**Mit zwei neuen Gesetzen wollen DIE LINKE, SPD und Grüne gegen Lobbyismus in der Politik vorgehen und für mehr Transparenz sorgen.**

Im Dezember 2017 haben die drei Regierungsfractionen im Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf für ein Beteiligungstransparenzregister vorgelegt. Künftig sollen Interessierte in einer Datenbank des Parlaments nachlesen können, welche Organisationen und Personen mit welchen Mitteln versucht haben, auf neue Gesetze und parlamentarische Initiativen Einfluss zu nehmen.

Lobbykritische Organisationen nennen solche Offenlegung von Lobby-Aktivitäten »legislativen Fußabdruck«. So wird leichter durchschaubar, wenn Gesetze zugunsten bestimmter Interessengruppen wirken und anderen Gruppen schaden.

#### Transparenzregister

So ein Transparenzregister hat DIE LINKE schon in der letzten Wahlperiode vorgeschlagen.

Doch die CDU hatte das damals als »überflüssig« abgelehnt, obwohl in Thüringen immer wieder Korruption und Lobbyismus bekannt geworden waren.

Auch in der aktuellen Landtagsdebatte stemmten sich die Konservativen gegen das Vorhaben. Doch nun kann DIE LINKE als Teil der Landesregierung ihre Vorschläge umsetzen.

Der Gesetzentwurf wird nun vom Justizausschuss des Parlaments beraten und eine öffentliche Anhörung wird stattfinden.

Rot-Rot-Grün hat auch ein neues Ministergesetz ins Parlament eingebracht. Damit soll die Übernahme lukrativer »Lobby-Jobs« nach Ende eines Ministeramtes verhindert werden.

Solche Verquickungen von Politik, Wirtschaft und Privatinteressen scha-

den der Glaubwürdigkeit von Politik. Wir wollen dem einen Riegel vorschieben.

#### Schutz vor Lobbyismus

Die Landesregierung soll deswegen künftig das Recht haben, ehemaligen MinisterInnen problematische Lobby-Jobs für die Zeit von 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu verbieten. Das fordern auch lobbykritische Organisationen.

Für DIE LINKE ist das neue Gesetz ein wichtiger Schritt zum Schutz gegen Lobby-Einfluss. ■

# Zusammenarbeit statt Sanktionen!

LINKE fordert ein Ende der Sanktionen gegen Russland und will mehr Austausch

**Mit deutlichen Worten forderte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) ein Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland.**

Es muss eine Exit-Strategie für Russland-Sanktionen geben«, sagte er. Die Sanktionen hätten wirtschaftlich stark geschadet. Parteiübergreifend hatten sich die ostdeutschen Regierungschefs Ende Januar 2018 gegen die Sanktionen gestellt. Vor allem ostdeutsche

Unternehmen, zum Beispiel aus der Landwirtschaft, der Ernährungsbranche und dem Maschinenbau, seien aufgrund der traditionell guten Kontakte nach Russland stärker von den Sanktionen betroffen als Firmen aus dem Westen.

Ramelow sprach sich für eine gemeinsame Strategie der ostdeutschen Länder gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union aus, die noch immer die Strafmaßnahmen befürwortet. Im Thüringer Landtag hatten sich

schon im März 2017 DIE LINKE, SPD, Grüne und CDU gegen die Sanktionen ausgesprochen. Daran erinnerte nun Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion. Sie war Ende 2017 auf Einladung der Staatlichen Regionaluniversität Moskau in Russland und hatte dort Gesprächen mit Wissenschaftlern und Politikern geführt: »Wir brauchen mehr Austausch mit Russland und der russischen Gesellschaft. Besuche, direkte Kontakte und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft,

Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik können positive Entwicklungen und ein besseres Verständnis ermöglichen.« Sie erinnerte: »Gerade die ostdeutschen Länder können durch ihre historischen Kontakte, ihre Erfahrungen, Geschichte und Sprachkenntnisse Brückenbauer zwischen sein. Ein konstruktiver Dialog über Gemeinsamkeiten und Differenzen ist nötig. Die Sanktionen gegen Russland müssen aufgehoben werden, sie behindern Zusammenarbeit und Entwicklung.« ■



FOTO: © LINKSFRAKTION

## KURZ & GUT

### 1,3 Mio. für den guten Zweck

1995 gründeten zwölf Landtagsabgeordnete der damaligen PDS den Verein »Alternative 54«. Anlass für die Gründung war ihr Protest gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Landtagsabgeordnete in Thüringen. Die PDS lehnte, genauso wie heute DIE LINKE, diese Regelung in der Landesverfassung in Artikel 54 ab, weil sie eine Form von »Selbstbedienungsmentalität« ist. Eine Verfassungsklage gegen den Diäten-Automatismus war nicht erfolgreich, unsere Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei anderen Parteien im Thüringer Landtag nicht die notwendige Mehrheit.

Seit nunmehr 22 Jahren spenden daher alle Abgeordneten der Linksfraktion nicht unerhebliche Summe aus ihren Diäten an die »Alternative 54«. Mit dem Geld werden soziale, kulturelle sowie Sport-, Bildungs- und Jugendprojekte im Freistaat unterstützt. Bisher konnten so mehr als 3.350 Vorhaben gefördert werden – insgesamt flossen rund 1,3 Millionen Euro für den guten Zweck.

Allein im Jahre 2017 konnten mit etwa 92.000 Euro 247 Projekte in Thüringen unterstützt werden, darunter ein Ernährungsberatungsprojekt des Tumorzentrums Gera sowie ein Musikprojekt für behinderte Kinder und Jugendliche in Schmalkalden.

Alternative 54 e.V., Telefon: 0361 377-2300, E-Mail: [alternatives4ev@gmx.de](mailto:alternatives4ev@gmx.de)  
[www.die-linke-thl.de/politik/alternative\\_54](http://www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54)

# Unterstützung für die Feuerwehr

Landesregierung erhöht die Gelder für die Feuerwehren

**Die Mitglieder der Feuerwehr leisten oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Menschen: Retten, Löschen, Bergen, Schützen.**

Dafür gebührt ihnen nicht nur Dank und Anerkennung, sondern auch die nötige Unterstützung aus der Politik. Mike Huster, haushaltspolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion, sagte nach dem Beschluss des Landshaushalts für die Jahre 2018/19 im Thüringer Landtag: »Wir erkennen diese wichtige Arbeit an und stärken die Feuerwehr mit Millioneninvestitionen, mit einer verbesserten Ehrenamtsförderung und einer qualitativ hochwertigen Ausbildung.«

Eine große Herausforderung ist die Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt.

Huster sagte dazu: »Die rot-rot-grüne Koalition hat das Problem erkannt und mit dem Feuerwehrverband eine Kampagne ins Leben gerufen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Außerdem erhöhen wir erneut die Gelder um zusätzliche 100.000 Euro, damit ein Ehrenamtskoordinator eingesetzt werden kann.«

Für die Feuerwehr-Verbandsarbeit und die Mitgliedergewinnung sind im Landshaushalt 765.000 Euro eingeplant.

Damit Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren keine Nachteile entstehen, soll ihnen künftig unabhängig von der tatsächlichen Abwesenheit bei Einsätzen, Lehrgängen und Übungen die Durchschnittsarbeitszeit von etwa acht Stunden gut geschrieben werden. Zudem werden auf Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen Vorschläge vor-

bereitet, mit dem Städte und Gemeinden Anreize für das Engagement schaffen können, zum Beispiel kostenfreier Zugang zu öffentlichen und kulturellen Einrichtungen.

Für 2018/19 sind außerdem über elf Millionen Euro Investitionen für Gemeinden zur Anschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge und Geräte und weitere sieben Millionen Euro für Digitalfunk vorgesehen. Außerdem hatte Rot-Rot-Grün schon 2017 aus dem Investitionspaket für die Kommunen weitere sieben Millionen Euro für Brandschutz zur Verfügung gestellt.

## Feuerwehr – wichtig für alle

Die Menschen müssen sich im Ernstfall auf professionelle Rettung verlassen können. Um die nötige Aus- und Weiterbildung der Feuerwehrleute sicherzustellen hat Rot-Rot-Grün sieben neue Fachlehrerstellen an der Landesfeuerweherschule bereitgestellt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung von Gemeinden beim Erwerb des Lkw-Führerscheins für Feuerwehrleute, die künftige Erstattung von Arbeitsentgelten bei Verdienstausschlag, eine Überarbeitung der 16 Jahre alten Feuerwehr-Entschädigungsverordnung, höhere Pauschalen für Jugendfeuerwehren sowie flächendeckende Brandschutzerziehung ab dem Schuljahr 2019/20 beschlossen.

Weil die Feuerwehren einen so wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten, haben wir versucht, gemeinsam mit der CDU die Verbesserungen abzustimmen. Doch den Konservativen war Parteipolitik wichtiger als die Stärkung der Lebensretter in Thüringen. Im Landtag haben sie sogar gegen Verbesserung gestimmt. Aber DIE LINKE, SPD und Grünen konnten die Verbesserungen durchsetzen.

Für uns ist klar: Wir werden die Feuerwehren auch in Zukunft unterstützen. ■



FOTO: © GERHARD SEYBERT (FOTOLIA.COM)



# Mehr direkte Demokratie!

## Die rot-rot-grüne Landesregierung stärkt Mitbestimmung und Demokratie

**Immer mehr Menschen kehren Politik den Rücken. Ein aktuelles Beispiel: Zu den Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis ging im Januar 2018 nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten. Doch wenn Menschen nicht mehr wählen, verliert die Demokratie an Rückhalt. Deutlich wird auch: Viele Menschen möchten nicht mehr nur VertreterInnen wählen, sondern wollen auch bei Sachthemen mitentscheiden.**

Gerade in Städten und Gemeinden kann direkte Demokratie erfolgreich sein – auf kommunaler Ebene mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, im Land mit Volksbegehren und Volksentscheiden. In Thüringen hat die rot-rot-grüne Regierung direkte Demokra-

tie gestärkt. Ein eigenes Gesetz regelt kompakt und übersichtlich die Verfahren. Mit dem Ratsbegehren können Gemeinderäte nun umstrittene Themen den BürgerInnen direkt zur Entscheidung vorlegen. Und die WählerInnen haben nun die Möglichkeit, selbst einen Antrag auf Abwahl des »Orts- bzw. Kreisoberhaupts« auf den Weg bringen. Zudem muss jetzt in den Kommunen vor einem Bürgerentscheid an alle Stimmberechtigten Informationsmaterial verteilt werden, in dem nicht nur die Verwaltung sondern auch die Initiatoren des Entscheides zu Wort kommen. Und mit einem Einwohnerantrag können nun die Menschen einer Kommune erzwingen, dass das Kommunalparlament ein bestimmtes Thema debattiert.

Rot-Rot-Grün kämpft schon seit 1998 gemeinsam mit vielen anderen Organisationen im Bündnis *Mehr Demokratie in Thüringen* für eine Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung. Hundertausende unterstützten mit ihrer Unterschrift und gegen den Widerstand der damals regierenden CDU Erleichterungen für mehr direkte Demokratie. Bis 2009 wurden so zwar erste Verbesserungen verwirklicht, aber es blieben etliche Punkte ungeklärt. Rot-Rot-Grün hat das geändert. Das bundesweite Bündnis *Mehr Demokratie* stellte fest: »Thüringen kommunal auf Platz 1!«

Doch wir wollen mehr. Denn bisher dürfen die Menschen in Thüringen nicht über die Verwendung ihrer Steuern abstimmen. So sind fast alle Volksbegehren unzulässig, weil ihre Umsetzung Geld kosten würde. Das wollen die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Grünen ändern und dazu den sogenannten »Finanzvorbehalt« aus der Landesverfassung kippen.

Das würde echte Mitbestimmung im Land bedeuten. Doch dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die es nur gemeinsam mit der CDU geben kann. Darum werben wir nun.

Wird es möglich sein, so viel politischen Druck aufzubauen, dass die Konservativen mitmachen? ■

### IN BEWEGUNG

## Streiks für guten Lohn!

Sechs Prozent mehr Lohn, die Möglichkeit zur befristeten Verringerung der Arbeitszeit und bessere Zuschüsse für Kindererziehung, Pflege oder Schichtarbeit wollen die Beschäftigten in der Metallindustrie. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu ver-



FOTO: © LINKSFRAKTION

leihen rief die Gewerkschaft IG Metall am 2. Februar 2018 ihre Mitglieder in ausgewählten Betrieben zu einem 24-stündigen Warnstreik auf – etwa eine halbe Million Menschen machten bundesweit mit, auch in Thüringen.

DIE LINKE unterstützt die berechtigten Forderungen. Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagte: »Die Gewinne in der Metall- und Elektroindustrie sind in den letzten Jahren jährlich gestiegen. Es ist Zeit, dass die Beschäftigten endlich ihren Anteil an den erbrachten Leistungen bekommen.« Kräuter war früh morgens zum Werkzeughersteller *Widia* in Königsee-Rottenbach im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gefahren, um dort die Kolleginnen und Kollegen beim Streik zu unterstützen.

### Mehr Zeit, mehr Geld

Auch in Erfurt hatten hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Dort war Susanne Hennig-Wellsow für DIE LINKE schon früh morgens vor Ort: Um 6.45 Uhr stand die Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen vom *Siemens Generatorenwerk* vor dem Werkstor. Um halb acht war sie bei *Schuler Pressen*. In ihren Reden an die Streikenden stellte sie klar: »DIE LINKE steht an Eurer Seite!«

Der Kampf um mehr Zeit, weniger Arbeit und eine ordentliche Tarifierhöhung findet Unterstützung in der LINKEN, wie Hennig-Wellsow sagte: »Es wird dringend Zeit, dass von den Milliardengewinnen der Konzerne auch etwas bei den Beschäftigten, die diese Gewinne mit ihrer Arbeitskraft schaffen, ankommt. Mehr Zeit und mehr Geld zum Leben sind die richtigen Antworten in dieser Zeit. Auch die unterschiedlichen Löhne in Ost und West bei gleicher Arbeitsleistung müssen endlich der Vergangenheit angehören. Für gleiche Arbeit muss es endlich gleiches Geld geben!«



FOTO: © MEHR DEMOKRATIE E.V.

## » Kinderarmut

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm. Aus Sicht von 90 Prozent der Kinder kümmert sich die Politik nur unzureichend darum. Zwei Drittel der Erwachsenen wären bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn dadurch Kinderarmut bekämpft würde. Dies sind zentrale Ergebnisse des *Kinderreports 2018*. »Kinderarmut lässt sich nachhaltig weder über eine Anhebung des Kindergeldes noch über eine Erhöhung der Regelsätze bekämpfen. Wir brauchen eine eigene Kindergrundsicherung, die allen Kindern das Existenzminimum garantiert«, fordert die kinderpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, Kati Engel. Der *Kinderreport* untersucht jährlich wechselnde kinderrechtliche Themen.

## » E-Mobilität

Elektromobilität ist das Thema der 3. Energiekonferenz der Thüringer Linksfraktion am 24. März 2018 in Rohr-Kloster. Das Thema ist akut, denn einige Länder haben bereits das Ende des Verbrennungsmotors beschlossen.

Wie geht es in Deutschland weiter? Was schlagen wir als LINKE vor? Vorträge und Diskussion mit ExpertInnen aus Politik und Wirtschaft, unter anderem mit Ministerin Birgit Keller, den Abgeordneten Steffen Harzer und Dr. Gudrun Lukin, dem Vizepräsidenten der *IHK Oberfranken* Michael Möschel und Dr. Mathias Sturm von der *Thüringer Energie AG*.

Informationen und Anmeldung:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## » Jobcenter

Von der künftigen Bundesregierung fordern DIE LINKE im Thüringer Landtag und die Arbeitsministerin des Freistaats, Heike Werner, mehr Geld für die Jobcenter. Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion, kritisierte, dass das Geld zur Eingliederung in Arbeit und die Verwaltungskosten nicht reicht. Sie sagte: »Ausgehend von den guten Erfahrungen in Thüringen fordern wir bessere Rahmenbedingungen, für die der Bund zu sorgen hat. Die Länder, Kommunen und Jobcenter dürfen nicht allein gelassen werden«. Die rot-rot-grüne Landesregierung kündigte einen Antrag an, um die Bundesregierung aufzufordern, mehr Geld für die Jobcenter zu garantieren.

## NEBENBEI NOTIERT

## Eigene Projekte

STEFAN WOGAWA

Die Arbeitslosenquote in Thüringen lag im Durchschnitt des Jahres 2017 bei 6,1 Prozent. Das war der bisher niedrigste Jahreswert für den Freistaat überhaupt. 2016 waren es noch 6,7 Prozent, 2015 sogar 7,4 Prozent. Thüringen ist damit ostdeutscher Spitzenreiter.

In den sozialen Netzwerken entspannt sich eine Debatte. Angesichts positiver Bilanzen wurde nach deren Gründen gefragt. Neben der guten Arbeitsmarktsituation hatte die Thüringer Landeskasse zum Jahresende 2017 fast 897 Millionen Euro Überschuss, ein Teil wird genutzt, um Schulden der CDU-Regierungsjahre zu tilgen. Das geschehe »Dank der guten Arbeit und geschaffenen Rahmenbedingungen der von Angela Merkel geführten Bundesregierung«, behauptete ein CDU-Funktionär aus Thüringen. Das war bemerkenswert, erteilte selbiger Funktionär seiner Partei und der Vorsitzenden Merkel doch nahezu zeitgleich in einer Zeitschrift »Lektionen« – so nannte er es *wirklich!* – über den weiteren Kurs, darunter die: Ein »Kein weiter so« habe seine Berechtigung. Also wie nun, Herr Mohring, denn um den handelte es sich? Gute Arbeit der CDU oder »Kein weiter so« der CDU?

Natürlich spielt die gute Konjunktur eine Rolle. Aber Thüringen kann stolz auf eigene Projekte sein. In der Arbeitsmarktpolitik entwickelt sich der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor zum Erfolgsmodell. Ein dort modellhaft erprobtes innovatives Element, der »Passiv-Aktiv-Transfer« (PAT), wird sogar zum »Exportschlagwerk«: im Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD im Bund steht, dass die im Falle einer neuen Koalition den PAT bundesweit ermöglichen wollen. Bisher war das blockiert worden, von einem Finanzminister namens Schäuble, CDU.

**Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unsere Landtagsfraktion finden Sie hier:**

## Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der *ParlamentsReport* unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer *UNZ – Unsere neue Zeitung* ([www.unz.de](http://www.unz.de)). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet

nachlesen ([www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport](http://www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport)).

## Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf [www.twitter.com/Linke\\_Thl](http://www.twitter.com/Linke_Thl) und bei [www.facebook.com/LINKE.Thueringen](http://www.facebook.com/LINKE.Thueringen), Videos von Reden und Aktionen bei [www.youtube.com/LinksfraktionTHL](http://www.youtube.com/LinksfraktionTHL) sowie Fotos unter [www.flickr.com/linksfraktion-thueringen](http://www.flickr.com/linksfraktion-thueringen).

## Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Ple-

narsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite ([www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)) und auf der Internetseite des Landtages ([www.landtag.thueringen.de](http://www.landtag.thueringen.de)) eingebettet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

## Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).

# 450 Millionen Euro für schnelles Internet

## Thüringen fördert den Breitbandausbau

**2018 begann mit einer guten Nachricht für Thüringen: Alle 54 Anträge von Kommunen auf Förderung des Breitbandausbaus wurden bewilligt.**

Mit Unterstützung des Thüringer Breitbandkompetenzzentrums konnten 172 Millionen Euro Bundesmittel eingeworben werden, auf die die Landesregierung noch mal mehr als 100 Millionen Euro drauflegt.

Insgesamt werden in den kommenden Jahren im Freistaat 450 Millionen Euro in den Breitbandausbau fließen. Das Ziel: eine Datengeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde flächendeckend. An vielen Orten, wie zum Beispiel in Industriegebieten, werden deutlich höhere Geschwindigkeiten erreicht werden. Damit wird eine zentrale Voraussetzung für ein digitales Thüringen Realität. Gleichzeitig werden die nächsten Schritte gegangen: Mit dem E-Government-Gesetz wird die Verwaltung auf die Notwendig-



FOTO: © ALPHASPRINT (FOTOLIA.COM)

keiten des 21. Jahrhunderts vorbereitet. Zukünftig sollen Serviceleistungen von Land, Städten und Gemeinden möglichst einfach und von Zuhause erledigt werden können, wenn BürgerInnen das wollen.

Mit der Digitalstrategie wird Thüringen zudem in vielen Einzelprojekten kleine und mittlere Unternehmen, ländliche und städtische Räume und den Bildungsbereich (Schulen, Ausbildung, Studium) bei der Digitalisierung unterstützen. So soll zum Beispiel kleinen Handwerksbetrieben ein »Digitalisie-

rungsplotze« Unterstützung bieten, Schulen und Berufsschulen ans Netz gebracht und digitale Medien Eingang in den Unterricht finden. Land und Stadt werden zudem mit Projekten, beispielsweise zu digitaler Verkehrsentwicklung oder Telemedizin, näher aneinander rücken. Natürlich werden Fragen des Datenschutzes und von guten Arbeitsbedingungen in einer digitalen Welt für ein zukunftsfähiges Thüringen beachtet. Denn egal ob analog oder digital: Am Ende muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. ■

## »Frauen, bleibt wählerisch!«

### DIE LINKE lädt zum Internationalen Frauentag ein

**Im Vorfeld des internationalen Frauentags lädt DIE LINKE am 6. März 2018 ab 14 Uhr in den Festsaal des Erfurter Rathauses ein.**

Nach einem Brunch um 13.15 Uhr und der Begrüßung durch Karola Stange, Landtagsabgeordnete der Thüringer Linksfraktion und Stadträtin in Erfurt, hält die Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller (DIE LINKE), die Festrede



GRAFIK: © LINKSFRAKTION

zum Frauentag, der seit über 100 Jahren international begangen wird.

Die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion und -partei, Susanne Hennig-Wellsow, wird im Rahmen der Veranstaltung den 8. Thüringer Frauenpreis verleihen. Mit dem Preis werden Projekte und Personen aus dem Freistaat ausgezeichnet, die sich zum Beispiel in besonderer Weise für die Chancengleichheit, gegen Gewalt an Frauen oder zur Lösung von Problemen im Interes-

se von Frauen und Mädchen einsetzen. Musik kommt von der Gruppe *Klatschmohn*, dem »Thüringer Damen-Salon-Trio der besonderen Art«. Veranstalterinnen sind die Linksfraktionen im Thüringer Landtag und dem Erfurter Stadtrat, der Landesverband der Partei DIE LINKE und die Europaabgeordnete Gabi Zimmer. ■

Mehr Informationen und Anmeldung unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)